[redacted]

Büro der
Kreistagsvorsitzenden

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales (GGSA/X-025/2020)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 31.08.2020, 15:04 Uhr bis 17:03 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

- - -

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten
2.	Aktuelles aus dem Fachbeirat Flucht und Integration
3.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
3.1.	Umsetzung Aktionsplan UN-BRK Vorlage: 3191-2020/DaDi
3.2.	Frauenförder- und Gleichstellungsplan für die Jahre 2020 bis 2025 Vorlage: 3246-2020/DaDi
3.3.	Einführung der Strategischen Sozialplanung Vorlage: 3253-2020/DaDi
3.4.	Vorschläge zum Umgang mit der Corona-Krise für einkommensschwache Haushalte – Antrag Die Linke Vorlage: 3293-2020/DaDi
3.5.	Kostenlose Kontoführung für Grundsicherungsempfänger im Landkreis – Antrag Die Linke Vorlage: 3294-2020/DaDi
3.6.	Präsenzbetrieb in den Sozialverwaltungen des Landkreises – Antrag Die Linke Vorlage: 3295-2020/DaDi
3.7.	Sonderprogramm Schule - Anschaffung und Verteilung von digitalen mobilen Endgeräten an bedürftige Schülerinnen und Schüler – Antrag SPD, Grüne, FDP Vorlage: 3305-2020/DaDi
4.	Kenntnisnahmen

4.1.	Änderung der Förderrichtlinien der Kinder- und Jugendförderung des Landkreises Darmstadt-Dieburg Vorlage: 3087-2020/DaDi
4.2.	Zielvereinbarung 2020 Vorlage: 3127-2020/DaDi
4.3.	Jahresbericht der Kreisagentur für Beschäftigung 2019 Vorlage: 3128-2020/DaDi
4.4.	Broschüre "Rehabilitation fördern, stärken, besser machen!" Vorlage: 3129-2020/DaDi
4.5.	Pilotprojekt Jugendsozialarbeit an Schulen_UBUS-Kräfte Vorlage: 3140-2020/DaDi
4.6.	Entwicklung Arbeitsmarkt/Beschäftigung (Mai 2020) Vorlage: 3155-2020/DaDi
4.7.	Aktionsplan gegen Kinderarmut – Runder Tisch Kinderarmut Vorlage: 3195-2020/DaDi
4.8.	Quotenabrechnung aufzunehmender Flüchtlinge für das 2. Quartal 2020 und Prognose für das 3. Quartal 2020 Vorlage: 3208-2020/DaDi
4.9.	Entwicklung Arbeitsmarkt/Beschäftigung (Juni 2020) Vorlage: 3232-2020/DaDi
4.10.	Bericht zur Einführung der Strategischen Sozialplanung Vorlage: 3237-2020/DaDi
4.11.	Mehrgenerationenhaus Vorlage: 3251-2020/DaDi
5.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Frau Gül Karatas	
Herr Bürgermeister Joachim Knoke	
Frau Karin Spalt	
Frau Gabriele Winter	
Frau Kreistagsvorsitzende Dagmar Wucherpfennig	Vertreterin für Abg. Paul, Anke
Fraktion der CDU	
Frau Marita Keil	
Herr Dr. Werner Thomas	bis TOP 4.11 (17:01 Uhr)
Herr Peter Waldmann	
Frau Brigitte Zachertz	bis TOP 4.11 (16:38 Uhr)
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Herr Christian Grunwald	
Frau Susanne Hoffmann-Maier	
Fraktion der AfD	
Herr Eduard Neudert	
Fraktion der FDP	
Herr Dr. Albrecht Achilles	
Fraktion der FW-PP	
Herr Christoph Zwickler	
Fraktion der Fraktion 21	
Herr Otmar Borschel	
Fraktion von Die Linke	
Herr Fraktionsvorsitzender Werner Bischoff	
Kreistagspräsidium	
Herr Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Friedrich Battenberg	bis TOP 4.11 (16:55 Uhr)
Kreisausschuss	
Frau Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Frau Kreisbeigeordnete Angelika Dahms	
Herr Kreisbeigeordneter Friedrich Herrmann	
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	bis TOP 3.4 (16:18 Uhr)
Herr Kreisbeigeordneter Frank Klock	
Herr Kreisbeigeordneter Thomas Lindgren	
Frau Kreisbeigeordnete Dr. Margarete Sauer	
beratende Mitglieder	
Frau Rosemarie Schupp	Seniorenbeauftragte
Verwaltung	
Herr Roman Gebhardt	
Frau Mareen Hechler	
Frau Cornelia Schuster	
Herr Christian Schwab	
Frau Katrin Vogel	

Anwesende
Herr Stefan Weber

Abwesende
Fraktion der SPD
Frau Anke Paul

Stellvertretender Vorsitzender Grunwald stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist beschlussfähig.
3. **Stellvertretender Vorsitzender Grunwald** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 1 und 3.2 sowie die Tagesordnungspunkte 3.3 und 4.10 gemeinsam aufzurufen und zu beraten. Er stellt fest, dass sich von Seiten des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales hiergegen kein Widerspruch erhebt. Weitere Änderungswünsche werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 24. Sitzung Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales wurden nicht erhoben.
5. Schriftführer ist Christian Schwab.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten**

Beschluss:

Frau Hechler teilt mit, dass aktuell die Schwerpunkte der Arbeit des Büros für Chancengleichheit beim Thema Gewaltschutz und in der Umsetzung der Istanbul-Konvention liegen. Derzeit wird die Seite für Gewaltprävention und Gewaltschutz des Büros für Chancengleichheit auf der Website des Landkreises Darmstadt-Dieburg überarbeitet.

Frau Hechler teilt weiter mit, dass sie den Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales über aktuelle Entwicklungen zum Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ unterrichten wird.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Aktuelles aus dem Fachbeirat Flucht und Integration**

Beschluss:

Kreisbeigeordnete Lück teilt mit, dass seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generation und Soziales keine Sitzung des Fachbeirates Flucht und Integration stattgefunden hat.

Kreisbeigeordnete Lück gibt weitere Erläuterungen.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagssitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 3.1.

Vorlage-Nr.: 3191-2020/DaDi

Aktenzeichen: 430-002

Betreff: **Umsetzung Aktionsplan UN-BRK**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, dass in einer ersten Umsetzungsphase in den nächsten zwei Jahren alle unter Priorität 1 gefassten Maßnahmen aus dem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Landkreis Darmstadt-Dieburg umgesetzt werden.

Am Ende der ersten Umsetzungsphase werden ein Bericht zum Stand der Umsetzung und ein Vorschlag für Umsetzung der übrigen Maßnahmen vorgelegt.

Die Stelle des Behindertenbeauftragten wird zum Zwecke der Koordination und Dokumentation des Umsetzungsprozesses zunächst für die Dauer von zwei Jahren um 5 Wochenarbeitsstunden aufgestockt.

Die entsprechenden Mittel sind im Rahmen der Haushaltsplanung zur Verfügung zu stellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.01.01.01.08
Maßnahme: Aufstockung Kommunaler Behindertenbeauftragter

Aufwendungen	**2020**	**2021**	**2022**
Sachkonto: 62000000	0,00 EUR	8.810,00 EUR	8.810,0 EUR
Erträge	**2020**	**2021**	**2022**
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Produkt: 1.06.01.01.01
Maßnahme: Einrichtung Niedrigschwellige Elternberatung (Projektmittel)

Aufwendungen	**2020**	**2021**	**2022**
Sachkonto: 7128000	0,00 EUR	44.000,00 EUR	44.000,00 EUR
Erträge	**2020**	**2021**	**2022**
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Produkt: 1.05.06.01.00
Maßnahme: Aufstockung Heilpädagogische Kita-Fachberatung

Aufwendungen	**2020**	**2021**	**2022**
Sachkonto: 7128000	0,00 EUR	8.000,00 EUR	16.000,00 EUR
Erträge	**2020**	**2021**	**2022**
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

☐ **einstimmig**
Zustimmung (Ja): ☐
Ablehnung (Nein): ☐
Enthaltung: ☐

Detailergebnis, wenn zutreffend	**Zustimmung (Ja):**	**Ablehnung (Nein):**	**Enthaltung:**
SPD	☒	☐	☐
Grüne	☒	☐	☐
FDP	☒	☐	☐
CDU	☒	☐	☐
AfD	☐	☐	☒
Die Linke	☒	☐	☐
FW-PP	☐	☐	☐
F 21	☐	☐	☒

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.2.

Vorlage-Nr.:	3246-2020/DaDi
Aktenzeichen:	440-002
Betreff:	**Frauenförder- und Gleichstellungsplan für die Jahre 2020 bis 2025**
Beschluss:	**zurückgestellt**

Abg. Winter (SPD) schlägt aufgrund weiteren Beratungsbedarfs vor, die Vorlage bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales am 26. Oktober 2020 zurückzustellen.

Stellvertretender Vorsitzender Grunwald stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest.

Kreisbeigeordnete Lück regt an, den Frauenförderplan vor Beschlussfassung durch den Kreistag der Frauenkommission zur Beratung vorzulegen.

Beschlussvorschlag:

Für den Bereich der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg wird der nachstehende Frauenförder- und Gleichstellungsplan für die Jahre 2020 bis 2025 aufgestellt.

Beschluss zu TOP 3.3.

Vorlage-Nr.: 3253-2020/DaDi

Aktenzeichen: 419-024

Betreff: **Einführung der Strategischen Sozialplanung**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Kreisbeigeordnete Lück verweist auf einen redaktionellen Fehler in den finanziellen Auswirkungen. Die finanziellen Auswirkungen müssen wie folgt redaktionell geändert werden:

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.01.01.01.13
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2020	2021	2022
Sachkonto: 6861000	0,00 EUR	5.000,00 EUR	*5.000,00 EUR*
Sachkonto: 6890000	0,00 EUR	10.000,00 EUR	*10.000,00 EUR*
Sachkonto: 6779000	0,00 EUR	60.000,00 EUR	*0,00 EUR*
Sachkonto: 6200000	0,00 EUR	77.096,00 EUR	*77.096,00 EUR*
Erträge	**2020**	**2021**	**2022**
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschlussvorschlag:

1. Zur Einführung der Strategischen Sozialplanung wird eine Projektstelle für drei Jahre eingerichtet.
2. Es kann ergänzend eine wissenschaftliche Begleitung durchgeführt werden.
3. Obligatorische Planungsraumkonferenzen werden durchgeführt.
4. Notwendige begleitende Öffentlichkeitsarbeit wird durch die Projektstelle organisiert.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 152.096,00 Euro werden im Haushaltsplan des Jahres 2021 unter dem Produkt 1.01.01.01.13 „Strategische Sozialplanung“ auf den Sachkonten 6861000 „Aufwendung für Öffentlichkeitsarbeit“, 6890000 „sonstige Aufwendungen für Kommunikation“, 6779000 „Aufwendungen für andere Beratungsleistungen“ und 6200000 „Entgelte für geleistete Arbeitszeit“ haushaltsrechtlich eingeplant.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.01.01.01.13
Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2020	2021	2022
Sachkonto: 6861000	0,00 EUR	5.000,00 EUR	5.000,00 EUR
Sachkonto: 6890000	0,00 EUR	10.000,00 EUR	10.000,00 EUR
Sachkonto: 6779000	0,00 EUR	60.000,00 EUR	0,00 EUR
Sachkonto: 6200000	0,00 EUR	77.096,00 EUR	77.096,00 EUR
Erträge	**2020**	**2021**	**2022**
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

☐ **einstimmig**
Zustimmung (Ja): ☐
Ablehnung (Nein): ☐
Enthaltung: ☐

Detailergebnis, wenn zutreffend	**Zustimmung (Ja):**	**Ablehnung (Nein):**	**Enthaltung:**
SPD	☒	☐	☐
Grüne	☒	☐	☐
FDP	☒	☐	☐
CDU	☒	☐	☐
AfD	☒	☐	☐
Die Linke	☐	☒	☐
FW-PP	☐	☐	☐
F 21	☐	☐	☒

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.4.

Vorlage-Nr.:	3293-2020/DaDi
Aktenzeichen:	419-004
Betreff:	**Vorschläge zum Umgang mit der Corona-Krise für einkommensschwache Haushalte – Antrag Die Linke**
Beschluss:	**abgelehnt**

Kreisbeigeordnete Lück gibt weitere Erläuterungen. Sie berichtet, dass die von der Bundesregierung beschlossenen Sozialschutz-Pakete, die helfen sollen, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie für die Bürgerinnen und Bürger abzufedern, höchstwahrscheinlich bis zum Jahresende 2020 verlängert werden. Teil dieses Maßnahmenpaketes ist die Anpassung von Leistungen für Bildung und Teilhabe, durch die das warme Mittagessen in Schulen oder Kitas für Kinder aus bedürftigen Familien gesichert wird. Damit auf die Mittagsverpflegung in der aktuellen Situation mit Schließungen oder nur eingeschränktem Betrieb nicht verzichten werden muss, kann das Mittagessen den Kindern nun auch flexibel auf anderen Wegen bereitgestellt werden, wie z. B. durch Lieferung nach Hause oder zur Abholung.

Stellvertretender Vorsitzender Grunwald stellt fest, dass **Abg. Bischoff** (Die Linke) Ziffer 3 des Beschlussvorschlages nach den Ausführungen von **Kreisbeigeordnete Lück** für erledigt erklärt.

Stellvertretender Vorsitzender Grunwald stellt weiter fest, dass die Fraktion von Die Linke um eine getrennte Abstimmung über die Ziffern des Beschlussvorschlages bittet.

Abg. Dr. Thomas (CDU) beantragt, die Ziffer 6 des Beschlussvorschlags für erledigt zu erklären.

Stellvertretender Vorsitzende Grunwald lässt über den Vorschlag des **Abg. Dr. Thomas** (CDU) abstimmen, die Ziffer 6 des Beschlussvorschlages für erledigt zu erklären. Er stellt nach der Abstimmung fest, dass der Antrag mit Stimmen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der AfD der CDU und der F 21, bei Ablehnung von Die Linke für erledigt erklärt wird.

Stellvertretender Vorsitzender Grunwald lässt sodann getrennt über die Ziffern des Beschlussvorschlages abstimmen. Er stellt nach der Abstimmung fest, dass der Ausschuss für Gleichstellung, Genrationen und Soziales die Ziffern 1, 2, 4, 5 und 7 der Vorlage mehrheitlich ablehnt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Darmstadt Dieburg beschließt:

1. Corona Einmalzahlungen für SGB II, SGB XII, Asyl G – WoGG in Höhe von 500€ für jeden Single-Haushalt im Landkreis Darmstadt Dieburg -zahlbar bis 31.12.2020

2. Während der laufenden Corona-Krise sollte o.g. Personenkreis im Landkreis Darmstadt Dieburg einen Corona-Zuschlag von 100 € auf die Regelbedarfe erhalten. Diese Verordnungsermächtigung sollte allen o.g. Hilfebedürftigen rückwirkend ab 3/2020 bis zur Ende Erklärung der Krise durch den Landkreis Darmstadt Dieburg gewährt werden.

3. Anspruch auf Übernahme von Kosten für einen Computer zur gesellschaftlichen Teilhabe in

Höhe von 350 € zum Kauf eines Laptops für o.g. Personenkreis im LK Da/Di.
Die bisher gefunden Lösung (Leihgeräte über Schulen beantragen) erweist sich als nicht tragfähig.

4. Bis zum 31.12.2020 ist ein Sanktionsmoratorium nach § 31,31 a und § 32 SGB II komplett zu beschließen und umzusetzen.

5. Aussetzen von Pflichten in der EGV/Keine Pflicht zur Teilnahme an Maßnahmen bis zur Pandemie Ende Erklärung durch die Kreisverwaltung,

6. Aussetzung von Kostensenkungsaufforderung – tatsächliche Mietkosten sind bis zur Pandemie Ende Erklärung durch die Kreisverwaltung zu leisten.

7. Sozialberatung im Landkreis Darmstadt Dieburg ausbauen und stärken. Finanzielle Unterstützung für ehrenamtlich Vereine bzw. weitere Hilfe bei Gründung ehrenamtlicher Vereine zur Stärkung der Sozialberatung.
Ein zweiter Ombudsmann im Landkreis Darmstadt Dieburg ist in Darmstadt Kranichstein tätig und damit viel zu weit entfernt von den eigentlichen Problemen der Ärmsten.

Abstimmungsergebnis: zu Ziffer 1

☐ **einstimmig**
Zustimmung (Ja): ☐
Ablehnung (Nein): ☐
Enthaltung: ☐

Detailergebnis, wenn zutreffend	**Zustimmung (Ja):**	**Ablehnung (Nein):**	**Enthaltung:**
SPD	☐	☒	☐
Grüne	☐	☒	☐
FDP	☐	☒	☐
CDU	☐	☒	☐
AfD	☐	☒	☐
Die Linke	☒	☐	☐
FW-PP	☐	☐	☐
F 21	☐	☒	☐

Befangen:

Abstimmungsergebnis: zu Ziffer 2

☐ **einstimmig**
Zustimmung (Ja): ☐
Ablehnung (Nein): ☐
Enthaltung: ☐

Detailergebnis, wenn zutreffend	**Zustimmung (Ja):**	**Ablehnung (Nein):**	**Enthaltung:**
SPD	☐	☒	☐
Grüne	☐	☒	☐
FDP	☐	☒	☐
CDU	☐	☒	☐
AfD	☐	☐	☒
Die Linke	☒	☐	☐
FW-PP	☐	☐	☐
F 21	☐	☐	☒

Befangen:

Abstimmungsergebnis: zu Ziffer 4

☐ **einstimmig**
Zustimmung (Ja): ☐
Ablehnung (Nein): ☐
Enthaltung: ☐

Detailergebnis, wenn zutreffend	**Zustimmung (Ja):**	**Ablehnung (Nein):**	**Enthaltung:**
SPD	☐	☒	☐
Grüne	☐	☒	☐

FDP	☐	☒	☐
CDU	☐	☒	☐
AfD	☐	☒	☐
Die Linke	☒	☐	☐
FW-PP	☐	☐	☐
F 21	☐	☒	☐

Befangen:

Abstimmungsergebnis: zu Ziffer 5

☐ **einstimmig**

Zustimmung (Ja): ☐
Ablehnung (Nein): ☐
Enthaltung: ☐

Detailergebnis, wenn zutreffend	**Zustimmung (Ja):**	**Ablehnung (Nein):**	**Enthaltung:**
SPD	☐	☒	☐
Grüne	☐	☒	☐
FDP	☐	☒	☐
CDU	☐	☒	☐
AfD	☐	☒	☐
Die Linke	☒	☐	☐
FW-PP	☐	☐	☐
F 21	☐	☒	☐

Befangen:

Abstimmungsergebnis: zu Ziffer 7

☐ **einstimmig**

Zustimmung (Ja): ☐
Ablehnung (Nein): ☐
Enthaltung: ☐

Detailergebnis, wenn zutreffend	**Zustimmung (Ja):**	**Ablehnung (Nein):**	**Enthaltung:**
SPD	☐	☒	☐
Grüne	☐	☒	☐
FDP	☐	☒	☐
CDU	☐	☒	☐
AfD	☐	☒	☐
Die Linke	☒	☐	☐
FW-PP	☐	☐	☐
F 21	☐	☒	☐

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.5.

Vorlage-Nr.:	3294-2020/DaDi
Aktenzeichen:	416-007
Betreff:	**Kostenlose Kontoführung für Grundsicherungsempfänger im Landkreis – Antrag Die Linke**
Beschluss:	**ohne Beschlussempfehlung**

Stellvertretender Vorsitzender Grunwald teilt mit, dass 2018 bereits ein ähnlicher Antrag mit der Vorlage-Nr. 1583-2018/DaDi (Kostenlose Kontoführung für Bürger der Erwerbsfähigen Leistungsempfänger nach dem SGB II – Sozialgeldempfänger – Wohngeldempfänger – Leistungsberechtigte nach dem SGB XII und AsylBlg - Antrag Die Linke) eingebracht wurde.

Abg. Dr. Thomas (CDU) schlägt vor, keine Beschlussempfehlung herbeizuführen und die Angelegenheit im Haupt- und Finanzausschuss zu beraten.
Stellvertretender Vorsitzender Grunwald stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag beschließt, dass die bei den Sparkassen Darmstadt Dieburg bzw. Darmstadt tätigen Vertreter des Landkreises, Bezieher des SGB II, den SGB XII, des Wohngeldes bzw. der AsylBlg von Kontoführungsgebühren eines Girokontos – und /oder eines Pfändungsschutzkontos in Höhe von 7,50 € oder andere Höhe im Monat bei der Sparkasse Dieburg bzw. Sparkasse Darmstadt befreit werden.

2. Es wird festgestellt, welche finanziellen und organisatorischen Aufwendungen für die Sparkassen Darmstadt bzw. Darmstadt Dieburg anfallen würden.

3. Eine mögliche Umsetzung sollte kurzfristig erfolgen.

Beschluss zu TOP 3.6.

Vorlage-Nr.:	3295-2020/DaDi
Aktenzeichen:	419-024
Betreff:	**Präsenzbetrieb in den Sozialverwaltungen des Landkreises – Antrag Die Linke**
Beschluss:	**erledigt**

Kreisbeigeordnete Lück teilt mit, dass ab dem 1. September 2020 wieder Termine mit Beschäftigten der Kreisagentur für Beschäftigung vereinbart werden können.

Abg. Dr. Thomas (CDU) beantragt, den Antrag für erledigt zu erklären.

Stellvertretender Vorsitzende Grunwald lässt über den Vorschlag des **Abg. Dr. Thomas** (CDU) abstimmen, den Antrag für erledigt zu erklären. Er stellt nach der Abstimmung fest, dass der Antrag mit Stimmen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der AfD, der CDU und der F 21, bei Ablehnung von Die Linke für erledigt erklärt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg beschließt „Lockerungen“ mit dem Ziel- persönliche Besuche in den Sozialverwaltungen des Landkreises Darmstadt-Dieburg ab sofort zu ermöglichen. Hier handelt es sich vorrangig um das Jobcenter KfB – das Sozialamt – das Jugendamt – die Wohngeldstelle – dem Amt für Flüchtlinge, mit dem Ziel des persönlichen Besuches unter Achtung der aktuellen Corona Verordnung des Landes Hessen.

2. Geprüft wird auch wie andere Abteilungen der Kreisverwaltung eine weitere Lockerung mit direktem Besuch von Bürgern/innen des Landkreises ermöglicht werden können.

Beschluss zu TOP 3.7.

Vorlage-Nr.:	3305-2020/DaDi
Aktenzeichen:	219-006
Betreff:	**Sonderprogramm Schule - Anschaffung und Verteilung von digitalen mobilen Endgeräten an bedürftige Schülerinnen und Schüler – Antrag SPD, Grüne, FDP**
Beschluss:	**ohne Beschlussempfehlung**

Abg. Bischoff (Linke) kündigt einen Änderungsantrag der Fraktion von Die Linke an.

Stellvertretender Vorsitzender Grunwald schlägt vor, keine Beschlussempfehlung herbeizuführen und die Angelegenheit im Schul-, Kultur- und Sportausschuss zu diskutieren. Er stellt fest, dass sich von Seiten des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales kein Widerspruch erhebt.

Beschlussvorschlag:

1. Die von Bund und Land zur Anschaffung von digitalen mobilen Endgeräten zur Verfügung gestellten Mittel sollen für die Einrichtung, den Support, das Zubehör und etwa notwendig werdende Versicherungen verwendet werden.

2. Für die Priorisierung der Verteilung der digitalen mobilen Endgeräte sind u. a. folgende Kriterien maßgeblich:

   - Schülerinnen und Schüler aus Familien, welche erklären, kein eigenes Endgerät zu besitzen oder nur unzureichenden Zugang über ein digitales Endgerät innerhalb der Familie zu haben.

   - Schülerinnen und Schüler aus Familien, in der die Schulleitung aufgrund der Empfehlung des Klassenlehrers bzw. der Klassenlehrerin davon ausgehen darf, dass sie keinen ausreichenden Zugang zu einem digitalen Endgerät haben.

3. Sollte der Bedarf größer sein als die zur Verteilung bereitstehenden Geräte, ist die Verteilung wie folgt zu priorisieren: Zunächst werden schulübergreifend diejenigen Schülerinnen und Schüler versorgt, bei denen die Familien im Rahmen einer freiwilligen Selbstauskunft eine Bedürftigkeit im Sinne des Sozialgesetzbuches nachweisen. Schülerinnen und Schüler höherer Jahrgänge haben grundsätzlich einen weitergehenden Anspruch innerhalb der jeweiligen Berechtigungsgruppe als Schülerinnen und Schüler jüngerer Jahrgänge.

4. Ziel ist es, unabhängig von der Notwendigkeit des homeschooling zukünftig allen Schülerinnen und Schülern im Landkreis ein einheitliches Endgerät für den digitalen Unterricht zur Verfügung zu stellen.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 4.1.

Vorlage-Nr.:	3087-2020/DaDi
Aktenzeichen:	429-001
Betreff:	**Änderung der Förderrichtlinien der Kinder- und Jugendförderung des Landkreises Darmstadt-Dieburg**
Beschluss:	**Kenntnis genommen**

Beschluss:

Die Neufassung der in der Anlage beigefügten Förderrichtlinien der Kinder- und Jugendförderung des Landkreises Darmstadt-Dieburg werden beschlossen.

a) Richtlinie über die Förderung der Jugendarbeit der freien Träger im Landkreis Darmstadt-Dieburg
b) Richtlinie für die Förderung von Ferienfreizeiten im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplan des Jahres 2020 unter den Produkten 1.06.02.01.01 (Zuschüsse für „Außerschulische Bildung“), 1.06.02.02.01 (Zuschüsse für „Fahrten und Lager“), 1.06.02.05.01 (Zuschüsse für „Material für die Jugendarbeit“), 1.06.02.03.01 (Zuschüsse für „Internationale Jugendbegegnungen“ im In- und Ausland) unter den Sachkonto 7128000 (Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche) und 1.06.02.02.02 (Zuschüsse für „Kinderfreizeiten) unter dem Sachkonto 7250000 (Jugendhilfeleistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen) haushaltsrechtlich zur Verfügung.
Aus den Änderungen und Ergänzungen ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen.

Beschluss zu TOP 4.2.

Vorlage-Nr.: 3127-2020/DaDi

Aktenzeichen: 412-008

Betreff: **Zielvereinbarung 2020**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück gibt die mit dem Land Hessen für das Jahr 2020 geschlossene Zielvereinbarung sowie das der Zielvereinbarung zugrunde liegende Planungsdokument der Kreisagentur für Beschäftigung Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Wie in den Jahren zuvor wurden die Ziele im mittlerweile bewährten Bottom-up-Verfahren definiert und vereinbart!

Bereits jetzt sei darauf hingewiesen, dass die nunmehr abgeschlossene Zielvereinbarung auf Annahmen beruht, die vor der Corona-Pandemie getroffen wurden!

Dennoch werden wir versuchen die vereinbarten Ziele in diesem Jahr zu erreichen!

Beschluss zu TOP 4.3.

Vorlage-Nr.: 3128-2020/DaDi

Aktenzeichen: 412-022

Betreff: **Jahresbericht der Kreisagentur für Beschäftigung 2019**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück gibt den Jahresbericht der Kreisagentur für Beschäftigung an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) für das Kalenderjahr 2019 zur Kenntnis.

Dieser Bericht ist jährlich bis zum 31.05.2020 an das BMAS zu senden und stellt auf mittlerweile 77 Seiten dar, was unser kommunales Jobcenter im vergangenen Jahr geleistet hat.

Beschluss zu TOP 4.4.

Vorlage-Nr.:	3129-2020/DaDi
Aktenzeichen:	412-020
Betreff:	**Broschüre "Rehabilitation fördern, stärken, besser machen!"**
Beschluss:	**Kenntnis genommen**

Frau Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück gibt die Broschüre „Rehabilitation fördern, stärken, besser machen!“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zur Kenntnis.

Auf den Seiten 30 und 31 ist unser Projekt „Reha-Werkstatt Spurwechsel erwähnt und beschrieben, das die Kreisagentur für Beschäftigung zusammen mit dem Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft in der Zeit vom 01.10.2019 bis 30.09.2024 umsetzt.

Beschluss zu TOP 4.5.

Vorlage-Nr.:	3140-2020/DaDi
Aktenzeichen:	424-002
Betreff:	**Pilotprojekt Jugendsozialarbeit an Schulen_UBUS-Kräfte**
Beschluss:	**Kenntnis genommen**

Frau Kreisbeigeordnete Lück informiert über das Ergebnis der gemeinsamen Beratung bzgl. des Pilotprojektes „Jugendsozialarbeit an Schulen in gemeinsamer Trägerschaft“

Im Kreistag wurde mit Vorlage Nr. 2200-2019/DaDi folgender Beschluss gefasst:

Der Kreisausschuss des Landkreises-Darmstadt-Dieburg wird beauftragt, zu prüfen, ob der Landkreis zusammen mit dem Land Hessen ein Pilotprojekt für Jugendsozialarbeit an Schulen unter gemeinsamer Trägerschaft durchführen kann.
Wenn ja, soll in einem zweiten Schritt geprüft werden, ob eine Einbeziehung der Städte und Kommunen des Landkreises möglich ist.

Leider kam erst am 03.12.2019 das Gespräch mit dem Hessischen Kultusministerium zustande und im Mai 2020 wurde dem Landkreis das Protokoll der Sitzung zugesendet.

An dem Gespräch im hessischen Kultusministerium nahm Herr Abteilungsleiter Wolf Schwarz mit weiteren Mitarbeiterinnen des Ministeriums, der Leiter des Staatlichen Schulamtes Ralph von Kymmel, die Fachbereichsleitung Simone Weiser-Kärcher und die Dezernentin Rosemarie Lück teil.

Folgende Ergebnisse des Gesprächs als Konsens zur Bewertung eines gemeinsamen Pilotprojektes Jugendsozialarbeit (Landkreis und Land Hessen) wurden festgehalten:

Die Problemkreise eines Pilotprojektes „Jugendsozialarbeit unter gemeinsamer Trägerschaft zwischen Kreis und Land“ (im Rahmen der bereitgestellten UBUS-Landesstellen) wurden identifiziert und diskutiert:

- **Anstellung der UBUS-Fachkräfte**: Die UBUS-Fachkräfte werden derzeit auf unbefristeten Landesstellen eingestellt, was für die allermeisten UBUS-Fachkräfte eine attraktive Option ist. Diese Anstellung beim Land Hessen würde sich im Falle eines gemeinsamen Jugendsozialarbeitsprojektes ändern müssen hin zu einer Anstellung bei einer bsw. gGmbH des Landkreises bzw. bei einem der freien Träger o.ä. Für die beim Land derzeit unbefristet angestellten UBUS-Fachkräfte bedeutete dies voraussichtlich eine Verschlechterung und zöge evtl. rechtliche Konsequenzen nach sich, abgesehen davon, dass die meisten UBUS-Fachkräfte darin für sich keinen Vorteil erkennen könnten.
- **Direktionsrecht der Schulleitung**: Derzeit übt die Schulleitung bei den UBUS-Fachkräften das Direktionsrecht aus. Ob dies so bliebe oder ob dies ggf. im Rahmen des AÜG (§ 613 BGB) keinen Bestand mehr hätte, bliebe juristisch zu klären.

- Wo bleiben bei einer **„überschulischen Kooperationsstruktur“** die Belange der einzelnen Schulen? Dies war eine der Fragen, die sich in der Kürze der Zeit nicht zur Gänze klären ließen, die aber im Zuge einer Umsetzung eines Pilotprojektes unbedingt beantwortet werden müsste.
- UBUS muss sich **als neu eingerichtetes Landesprojekt** zunächst in den Schulen mit allen Beteiligten noch etablieren. Geänderte Anbindungen und Strukturen im Rahmen eines Pilotprojektes sind voreilig und ggf. nicht zielführend im Sinne des Arbeitsauftrages der UBUS-Fachkräfte als Lernbegleitung.
- Offen ist, inwieweit in einem gemeinsamen Pilotprojekt Entlastungen für Schulleitungen gesehen werden könnten.

Finaler Konsens:
Der Aufwand für die Bildung einer gemeinsamen Trägerschaft beider Arbeitsgebiete (Jugendsozialarbeit des Landkreises und UBUS-Stellen Land Hessen) steht aktuell in keinem positiven Verhältnis zu den Vorteilen.
Die gedeihliche Zusammenarbeit und gute Kooperation zwischen der kommunalen Jugendsozialarbeit und dem landesseitigen Einsatz von UBUS-Kräften wird von allen Beteiligten gleichwohl weiterhin als sehr förderlich bewertet.

Vor allem die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule, hier insbesondere des Staatlichen Schulamtes und des Jugendamtes wird positiv hervorgehoben. So könnten bsw. der Ausbau der „Zentren für schulische Erziehungshilfen“ oder der Aufbau einer Landkreisgesellschaft für die Dienstleistung der Teilhabeassistentinnen und Teilhabeassistenten an Schulen weitere Bausteine der Zusammenarbeit sein.

Beschluss zu TOP 4.6.

Vorlage-Nr.: 3155-2020/DaDi

Aktenzeichen: 412-001

Betreff: **Entwicklung Arbeitsmarkt/Beschäftigung (Mai 2020)**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas gibt die Übersicht „Entwicklung Arbeitsmarkt/Beschäftigung im Landkreis Darmstadt-Dieburg: Mai 2020“ zur Kenntnis: Siehe aktuelles Datenblatt.

Die Übersicht basiert auf aktuellen Daten der Agentur für Arbeit Darmstadt.

Die Aufstellung zur Kurzarbeit sollte für die Berichtsmonate März bis Mai zusammen betrachtet werden. Die Entwicklung im Bereich Ausbildung wird in den nächsten Wochen weiter im Fokus stehen, um den Rückgang insbesondere der gemeldeten Ausbildungsstellen - auch im Landesvergleich - bewerten zu können.

Beschluss zu TOP 4.7.

Vorlage-Nr.: 3195-2020/DaDi

Aktenzeichen: 419-006

Betreff: **Aktionsplan gegen Kinderarmut – Runder Tisch Kinderarmut**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Frau Kreisbeigeordnete Lück legt den aktuellen Stand des Aktionsplans gegen Kinderarmut im Landkreis Darmstadt-Dieburg vor.

Mit einer erfolgreichen Auftaktveranstaltung am 13. Februar 2020 startete der Runde Tisch Kinderarmut zur Umsetzung und Weiterentwicklung der Handlungsempfehlungen des Landkreises Darmstadt-Dieburg zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Die Grundlage hierfür wurde in der Sitzung des Kreistages am 9. September 2019 geschaffen, in welcher der Kinderarmutsbericht vorgelegt wurde. Das Gremium setzt sich zusammen aus 18 Expertinnen und Experten der Fachstellen der Kreisverwaltung, jeweils einer Vertretung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, der Liga der freien Wohlfahrtspflege, des Jugendhilfeausschusses und der Frauenkommission. Durch diese Zusammensetzung ist ein interdisziplinärer Blick auf die Vielfalt des Risikos für gelingendes Aufwachsen von Kindern sicher gestellt. In diesem Treffen wurden erste Ideen und Anregungen zur Konkretisierung und Priorisierung der Handlungsempfehlungen erarbeitet. Zudem wurde gemeinsam die weitere Vorgehensweise vereinbart. Die Ergebnisse des ersten Treffens dienen ergänzend zum **Kinderarmutsbericht** und dem **Handlungskonzept gegen Armut und soziale Ausgrenzung** als Arbeitsgrundlage für die beiden weiteren geplanten Treffen. Im Zuge der Corona-Pandemie und der damit bis zuletzt verbundenen großen Unsicherheit darüber, wann und wie Veranstaltungen wieder durchgeführt werden können, konnten die geplanten zwei Treffen nicht stattfinden und mussten abgesagt werden. Die anhaltende Situation hat im Besonderen inhaltlich neue Herausforderungen geschaffen. Hier sind unter anderem Veränderungen des Arbeitsmarkts und der Beschäftigungsverhältnisse sowie der Kinderbetreuung zu nennen. Dies erfordert den Einbezug aktueller Informationen und Daten zur verschärften Ausgangssituation.

Weiteres Vorgehen:

Eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation und der konkrete Austausch mit den einzelnen Teilnehmer*innen ist jetzt wieder möglich und im Vorfeld des Treffens notwendig und zielführend. So können neue Impulse aufgegriffen, Entwicklungen berücksichtigt und gleichzeitig der Runde Tisch Kinderarmut gezielt weitergeführt und mit wichtigen Inhalten bestückt werden. Die durch die Corona-Pandemie entstandenen neuen Herausforderungen, müssen bei der Konkretisierung und Priorisierung der Handlungsempfehlungen mit einbezogen werden.
Das nächste Treffen des Runden Tischs Kinderarmut wird daher für den September mit den Teilnehmenden koordiniert. Das Ziel den Runden Tisch bis Ende des Jahres 2020 abgeschlossen zu haben, bleibt weiterhin bestehen.
Nach jedem Treffen wird dem Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales Bericht erstattet.

Beschluss zu TOP 4.8.

Vorlage-Nr.:	3208-2020/DaDi
Aktenzeichen:	450-003
Betreff:	**Quotenabrechnung aufzunehmender Flüchtlinge für das 2. Quartal 2020 und Prognose für das 3. Quartal 2020**
Beschluss:	**Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Lück gibt die Quotenabrechnung aufzunehmender Flüchtlinge für das 2. Quartal 2020 sowie die Prognose aufzunehmender Flüchtlinge für das 3. Quartal 2020 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 4.9.

Vorlage-Nr.:	3232-2020/DaDi
Aktenzeichen:	412-001
Betreff:	**Entwicklung Arbeitsmarkt/Beschäftigung (Juni 2020)**
Beschluss:	**Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Lück verweist auf die als Tischvorlage verteilte und als Anlage 1 zur Niederschrift beigefügte Präsentation „Kreisagentur für Beschäftigung - Corona Spezial“.

Landrat Schellhaas gibt die Übersicht „Entwicklung Arbeitsmarkt/Beschäftigung im Landkreis Darmstadt-Dieburg: Juni 2020“ zur Kenntnis: Siehe aktuelles Datenblatt.
Die Übersicht basiert auf aktuellen Daten der Agentur für Arbeit Darmstadt sowie des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur an der Goethe-Universität Frankfurt (IWAK) und Angaben zur Corona-Soforthilfe des RP Kassel.

Der Regionaldatenreport des IWAK (Stand Ende Juni 2020) hat zwei interessante Punkte der Arbeitslosen-Zahlen beleuchtet:

- Bei den Zugängen in Arbeitslosigkeit sind hessenweit und im Landkreis Darmstadt-Dieburg hauptsächlich abhängig Beschäftigte betroffen (72 % im April, 68 % im Juni); aus Selbstständigkeit sind ca. 2 %, aus Ausbildung ca. 2,5 % arbeitslos geworden. Rund 25 % kommen aus einer Förderung.
- Akademiker leiden offenbar mehr unter der Krise: Der Bestand an Arbeitslosen mit akademischen Abschluss hat sich hessenweit im Juni 2020 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 46% erhöht. Im Landkreis Darmstadt-Dieburg hat sich dieser Bestand an Arbeitslosen aus akademischer Ausbildung um 37 %, mit betrieblicher/schulischer Ausbildung um 27 % und ohne abgeschlossene Berufsausbildung um 22% erhöht.

Beschluss zu TOP 4.10.

Vorlage-Nr.:	3237-2020/DaDi
Aktenzeichen:	419-024
Betreff:	**Bericht zur Einführung der Strategischen Sozialplanung**
Beschluss:	**Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordnete Lück legt den Bericht zur Umsetzung der Strategischen Sozialplanung im Landkreis Darmstadt- Dieburg (Vorlage 3030-2020/DaDi) vor.

Beschluss zu TOP 4.11.

Vorlage-Nr.: 3251-2020/DaDi

Aktenzeichen: 414-001

Betreff: **Mehrgenerationenhaus**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Stellvertretender Vorsitzender Grundwald teilt mit, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales eine Vorstellung des Mehrgenerationenhauses im Landkreis Darmstadt-Dieburg erfolgt.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, dass das Mehrgenerationenhaus im Landkreis Darmstadt-Dieburg über die gesamte Laufzeit des neuen Bundesprogramms zur Förderung von Mehrgenerationenhäusern hinweg (01.01.2021 bis 31.12.2028) Bestandteil der kommunalen Aktivitäten zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, insbesondere zur Schaffung guter Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger sowie der kommunalen Planungen beziehungsweise Aktivitäten zur Gestaltung des demografischen Wandels ist.

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Kreisbeigeordnete Lück berichtet zur Verteilung der Investitionsförderung von Bund und Land für den Neu- und Ausbau von Krippen.

Stellvertretender Vorsitzender Grunwald schließt die Sitzung um 17:03 Uhr.

\- - -

Ende der Niederschrift

\- - -

Darmstadt, den 7. September 2020

Für die Ausfertigung

gez. Christian Grunwald
Christian Grunwald
Stellvertretender Vorsitzender

gez. Christian Schwab
Christian Schwab
Schriftführer